

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

24.4.1931 (No. 95)

So daß von sechs Betrieben nur mehr zwei im Gange bleiben. Die bei der Zusammenlegung vorhandenen großen Bestände wurden so verringert, daß 1931 mit einem Steigen der Fabrikation zu rechnen ist. Auch der Export, der in enger Zusammenarbeit mit der Weltorganisation des Trusts erfolgt ist und 35 Proz. des gesamten Umsatzes ausmacht, bewegt sich in aufsteigender Linie. Die Gesellschaft stellt nun in dauerndem Zusammenhang mit der Praxis des Automobil- und Maschinenbaues Kugel- und Kollager in Großserienbau her und weist darauf hin, daß durch diese Rationalisierung wesentliche Preisberabsetzungen der hauptsächlichsten Typen möglich waren, die schon vor der deutschen Preisabbauaktion durchgeführt werden konnten und fogleich eine wirksame Belebung des In- und Auslandgeschäftes zur Folge hatten.

Die Ruhrgas-AG, die bekanntlich von den Bechen zur besseren Verwertung der bei der Güttenfoksgewinnung anfallenden gewaltigen Gasmengen und deren Leitung auch nach ferner gelegenen Städten gegründet wurde, weist in ihren Abschlüssen bisher nur Verluste aus, so daß sich nach dem Abschluß für 1930 der Verlustvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 1,62 Mill. Reichsmark auf 3,58 Mill. Reichsmark erhöht. Dies wird damit begründet, daß der Verteilungsapparat und das Leitungsnetz noch immer im Bau stadium befinden. Dabei handelt es sich nicht nur um den Ausbau der Hochdruckleitungen nach den weiter abliegenden bisherigen Endpunkten wie Köln, Hannover, Siegen in Westfalen, sondern auch um die Verbindungsleitungen der Bechen im gesamten Bergbaurevier, die zunächst einen der wichtigsten Teile des Bauprogramms der Gesellschaft bilden. Die besonders wichtige Verbindungsleitung, welche von Gelsenkirchen ausgehend, auch Dortmund führt und die westliche Bechengruppe mit Essen mit den Dortmund Gaswerken vereinigt, soll in den nächsten Monaten abgenommen werden. Solche Querverbindungen schließen jeden Leitungsstrang dem gesamten Gasreservoir an, das der Ruhrgas-AG überhaupt zur Verfügung steht, und ihre Vollendung ist die betriebstechnische Vorbedingung für die von der Gesellschaft übernommenen und noch hinzukommenden Versorgungsverbindungen. Die nun betriebsfertigen Bauten gewähren, wie übrigens jetzt erklärt wird, bereits die Verfügungsmöglichkeit über Gasreserven, welche die jetzigen Abgabemöglichkeiten übersteigen. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß nun die eigentlichen Ferngasleitungen stärker in Angriff genommen werden. Demnächst soll der große Hauptstrang von Duisburg über Düsseldorf nach Köln, das sich bekanntlich der Ruhrgasversorgung angeschlossen hat, dem Betrieb übergeben werden. Auch die Herstellung der Fernleitung nach Südwestdeutschland muß nun, nachdem durch den Gefogavertrag der Absatz nach Süden erschlossen ist, in die Wege geleitet werden. Zunächst wird mit Bonn und anderen Rheinstädten verhandelt, die für den Anschluß an den süddeutschen Strang in Frage kommen.

Aus den Nachbarländern

Städtetag und Brotpreis. Der Deutsche Städtetag hat in einer dringlichen Eingabe das Reichsernährungsministerium gebeten, in sofortigen Verhandlungen eine Wiederherabsetzung der Berliner Brotpreise durchzuführen. Der Städtetag verweist auf die Gefahren, die das Beispiel von Berlin für die gesamte Preis-, Lohn- und Wirtschaftspolitik haben muß.

Die Manteltarifverhandlungen im Ruhrbergbau gescheitert. Die Verhandlungen zwischen dem Bechenverband und den Arbeiterorganisationen über die Neuregelung des Manteltarifes im Ruhrbergbau wurden, wie aus Essen gemeldet wird, da eine Einigung zwischen den Parteien nicht zu erzielen war, ergebnislos abgebrochen.

Für den Magdeburger Oberbürgermeisterposten wird die sozialdemokratische Stadtvorordnetenfraktion den Stadtrat Ernst Neuter, Berlin, vorschlagen. Neuter hat die Kandidatur angenommen.

Wegen Hochverrats verurteilt. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig verurteilte den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Maximilian Mabbalena aus Berlin wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Lateinamerika mit Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung zu einer Festungstrafe von 2 Jahren.

Litauen setzt sich aufs hohe Ross. Der deutschen Gesandtschaft in Nowo wurde durch eine litauische Verbalnote mitgeteilt, daß der Vorschlag der deutschen Regierung, in der Ausweisungangelegenheit das Schiedsgericht entscheiden zu lassen, abgelehnt werden könnte, da eine Entscheidung darüber, ob die Ausgewiesenen sich loyal verhalten hätten, Sache der litauischen Regierung sei.

Der französisch-polnische Eisenbahnvertrag. Der Gesandtschaft über die Erteilung der Konzession zur Ausbeutung der Kohlenbahn Oberschlesien-Obingen an die französisch-polnische Eisenbahngesellschaft wurde von dem Finanz- und dem Verkehrsministerium des polnischen Sejms, die eine gemeinsame Sitzung abhielten, in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Tante König Alfons 1. Infantin Isabella, die Tante des Königs Alfons von Spanien, ist Donnerstag nachmittag in einem Pariser Krankenhaus im Alter von 70 Jahren gestorben. Sie hatte bei der Abreise der Königsfamilie in Madrid wegen ihres Gesundheitszustandes zurückbleiben müssen und war erst am vergangenen Sonntag, sehr krank, in Paris eingetroffen.

Der Goldvorrat Amerikas. Die Goldreserve der Vereinigten Staaten sind gegenwärtig höher als zu irgend einem Zeitpunkt in der Geschichte des Landes. Die Vorräte stellen 47 Proz. der in der ganzen Welt vorhandenen Bestände an Gold dar. Die Goldreserven der Federal Reserve Banken sind mehr als doppelt so groß als jene der Banken von Frankreich und siebenmal größer als jene der Bank von England.

Eine Talpferre für 48 Millionen Dollar. Der amerikanische Minister des Innern, Wilbur, hat einen Vertrag unterzeichnet, der 48 Millionen Dollar für den Bau der Boulder-Talpferre am Flusse Colorado vorsieht.

Aus den Ländern

Vor einer Reichsreform?

Die Badische Zentrumsprekorrrespondenz äußert sich zu einer Meldung der „Bad. Presse“, daß Dr. Brüning sich von der Notwendigkeit einer beschleunigten Finanzreform der Reichsreform überzeugt habe, daß aber die praktische Finanzreform dieses Problems durch das Kabinett sich wohl noch einige Wochen hinauszögern dürfte, folgendermaßen:

„Wir haben stets anerkannt, daß es ein Problem Reich-Preußen gibt und daß in dieser Frage früher oder später einmal eine Klärung erfolgen müsse. Wir haben aber auch niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir keinen Grund sehen, weshalb in dem Verhältnis zwischen dem Reich und den süddeutschen Ländern eine Änderung einzutreten hätte. Unter letzterem Gesichtspunkt interessiert uns natürlich auch die erste Frage. Wir sind unter keinen Umständen dafür zu haben, daß der staatliche Charakter der süddeutschen Länder beseitigt wird, und diese zu Provinzen herabgedrückt werden. Wollte sich das badische Zentrum auf derartige Gedanken-gänge einlassen, so würde es die Traditionen, die es von seinem großen Führer, Prälat Dr. Schöfer, übernommen hat, schmähdlich preisgeben. Wir sind aber auch davon überzeugt, daß man den Zentralismus wirtschafts- und finanzpolitisch nicht begründen kann. Zeigen nicht im Gegenteil die Erfahrungen, die man durch Einrichtung der Reichsarbeitsämter gemacht hat, daß der Zentralismus in keiner Weise verbilligt? Gerade in dieser Frage geht durch die Presse ein Artikel des früheren Zentrumsabgeordneten Andre, Stuttgart, jetzigen Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Württemberg, in welchem der Verfasser darauf hinweist, daß wegen der zentralen Kasse die Verantwortlichkeit für die Ausgabenwirtschaft so sehr gelitten hat, daß z. B. eine Versicherungsanstalt auf 1000 Versicherte doppelt so viele Renten laufen hat, wie eine andere Anstalt. Mit dem Willen zu sparsamer Verwaltung läßt sich die „Reichsreform“ nicht begründen. Darauf kommt es der Deutschen Volkspartei in Wirklichkeit auch gar nicht an. Ihr Vertreter im Hauptausschuß des Reichstags, Dr. Krämer, hat bekanntlich erst vor kurzem wiederum einen Vorstoß dagegen unternommen, daß in Baden die Aufgaben der Landesbauverwaltung im Auftrag des Reiches durch die Landesbauämter durchgeführt werden. Obwohl durch diese Regelung Doppelverwaltung und damit Ausgaben gespart werden, will die Deutsche Volkspartei diese Regelung beseitigen, nur um die Reichsverwaltung möglichst stark aufzublähen.“

Die Bayerische Volkspartei-Korrpondenz hat schon unterm 1. April zu diesen Gerüchten Stellung genommen, unter der Überschrift: „Flucht in Schwierigkeiten“, und u. a. ausgeführt: „Die Regierung Brüning muß froh sein, wenn sie ihr Finanzsanierungsprogramm folgerichtig weiter durchführen kann, wenn ihr ein entscheidender und durchgreifender Schritt auf dem Gebiete des Arbeitslosenproblems und der sozialen Versicherungen gelingt, wenn sie die gefährlichen Klippen, die sich neuerdings in der Außenpolitik gezeigt haben, einigermaßen glücklich umfährt. Man kann nur das eine sagen, was Abg. Reich, der Führer der Bayerischen Volkspartei, im Deutschen Reichstag vor wenigen Tagen in einer Rede in Regensburg gesagt hat, als er auf das Verhältnis zwischen Reich und Bayern zu sprechen kam: „Wir haben heute in der Notzeit doch wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als Fragen der Reichsreform anzuschneiden.“

Dazu schreibt der „Bad. Beob.“: „Wir pflichten dieser Auffassung vollinhaltig bei, vermögen aber einstweilen nicht anzunehmen, daß es sich in den Presseverlautbarungen der Deutschen Volkspartei um etwas anderes handelt, als um einen Versuchsballon. Es wäre auch bedauerlich, wenn durch neue, keineswegs vordringliche Streitfragen die Front zerbrochen würde, die Reichstagsler Dr. Brüning braucht für seine schwierigen finanz-, sozial- und außenpolitischen Aufgaben. Die Not des Vaterlandes ist nicht die Stunde, um parteiprogrammatischen Phantasmen nachzugehen. Das wollen wir in Baden rechtzeitig mit allem Nachdruck zum Ausdruck bringen.“

Kleine Chronik

Ein neuer Fall von Industriespionage zugunsten Sowjetrußlands wurde in einem badischen Werk aufgedeckt, in dem schützenderes Panzerglas hergestellt wird. Ein in dem Werk beschäftigter Diplomingenieur wurde verhaftet.

Das neunfache Todesurteil gegen Kürten ist durch den eigenen Bericht des Verurteilten auf Revision rechtskräftig geworden. Das preussische Staatsministerium hat grundsätzlich zwar stets den Grundfaß vertreten, daß die Todesstrafe solange nicht vollstreckt werden solle, bis durch das Reichsstrafgesetzbuch die Frage entschieden worden ist, ob die Todesstrafe bleibt oder nicht. Der Fall Kürten wird aber als ein Sonderfall betrachtet, der überhaupt in kein normales Justizsystem hineinpaßt. Bei den preussischen Regierungsparteien scheint über den Vollzug der Todesstrafe in diesem Fall Einigkeit zu bestehen.

In einem Badepfer Hotel wurde heute morgen eine Frau tot aufgefunden, die nachts mit einem unbekanntem, nun verschwundenen Mann angekommen war. Sie war Bombensprengstoff in einem Lichtspieltheater und wurde von ihrer Mutter, die bei der Polizei das Verschwinden ihrer Tochter angezeigt hatte, wieder erkannt. Nach ärztlicher Feststellung hat der Körper sie zunächst erwürgt und dann der bereits Toten den Hals durchschnitten. Neben der Toten fand man einen Bettel, auf dem die Worte standen: „Dieses Weib verdiente sein Schicksal.“

Auf einer Kleinbahnstrecke bei Fromelles in der Nähe von Lille ließ Donnerstag nachmittag ein mit Arbeitern vollbesetzter Autobus mit der Lokomotive eines Kleinbahnzuges zusammenstoßen. 9 Tote und 32 Schwerverletzte sind zu beklagen.

Am Donnerstag fanden der Vizemarschall der englischen Luftstreitkräfte, Sir S. Holt und der Fliegerleutnant Moody bei einem Zusammenstoß zwischen zwei leichten Flugzeugen im Seahurst-Bezirk den Tod. Die Insassen des anderen Flugzeuges, der Pilot und sein Begleiter, blieben unverletzt. Das Flugzeugunfall ist der 17. Absturz von Flugzeugen der britischen Luftstreitkräfte in diesem Jahr und erhöht die Zahl der Todesopfer auf 37.

Chinesische Banditen sprengten bei Kanton zwei Dampfer, deren Benutzer die Begehung der geforderten „Schutzabgabe“ verweigerten, mit Bomben in die Luft. 60 Personen wurden getötet.

Das Mississippi-Delta wird gegenwärtig von einer Insektentplage heimgehegt. An den Ufern der giftigen Blutsauger, sog. Wisons, sind schon mehr als 1000 Bauern eingegangen. Der Schaden an dem Viehstand im Delta beträgt bereits 100 000 Dollar.

Rauchen Sie getrost, aber gurgeln Sie trocken

Sie trocken mit **Waldbrunnen**

2.133

Badischer Teil

Badischer Landtag

(38. Sitzung)

23. Karlsruhe, 23. April 1931.

Zu der Nachmittags-Sitzung berichtet Abg. Dr. Hoffmann (Dem.) über den kommunistischen Antrag, den

1. Mai als gesetzlichen Feiertag

zu erklären. Der Reichspflegerempfehlung die Ablehnung des Antrages, der vom Abg. Bod begründet wird.

Abg. Ernst Kraft (Sozdem.) tritt für den Antrag ein. Man müsse die bürgerlichen Parteien davon überzeugen, wie sehr die proletarische Arbeiterkraft den 1. Mai als Feiertag schätzt; er solle eine eindrucksvolle Demonstration für Befreiung des Landes der Arbeiter sein, nicht minder für den Frieden und die Völkerverständigung. Die Rede wird häufig von Juristen der Kommunisten und Gegenrufen der Sozialdemokraten unterbrochen. Abg. Kraft fährt fort: Die Demonstration am 1. Mai 1931 zugunsten der 40-Stunden-Woche müsse auch im Sinne der bürgerlichen Parteien liegen, denen daran gelegen sei, dem Millionenheer der Arbeitslosen zu helfen.

Da sich niemand weiter zum Wort meldet, erhält Abg. Bod das Schlusswort. Er polemisiert in scharfer Weise gegen die Sozialdemokraten, die darauf mit lebhaften Zwischenrufen erwidern.

Der kommunistische Antrag wird sodann mit 50 gegen 18 Stimmen der Linken abgelehnt.

Gefuche

Abg. Haas (Zentr.) berichtet über das Gesuch der Gemeinde Scherzheim betr. Zuschußleistung der bürgerlichen Gemeinde Scherzheim für die Aufwertungsbeiträge der Sparkasse Scherzheim. Der Antrag auf Überweisung an die Regierung als Material zur Kenntnisnahme wird angenommen.

Abg. Steinel (D. Vp.) erstattet Bericht über ein weiteres Gesuch betr. Gemeindebeamte als Gemeindevertreter. — Dem Antrag auf Überweisung als Material wird zugestimmt.

Zur Wohnungswirtschaft

Abg. Dr. Rehbach (Zentr.) berichtet über eine Eingabe des Bundes deutscher Mietervereine betr. Schaffung eines deutschen Wohnungswirtschaftsgesetzes. Der Ausschuss stellt den Antrag, das Gesuch als erledigt zu erklären, soweit es sich um den Erlaß einer Verordnung im Sinne der Notverordnung des Reichspräsidenten handelt, die übrigen Punkte der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

In Verbindung mit obigem Gesuch steht eine Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins Bruchsal betr. die Wohnungsnot u. a. zur Beratung. Darüber erstattet der

Abg. Heib (Sozdem.) Bericht. Er beantragt Überweisung zur Kenntnisnahme. Den Beschlüssen wird ohne Aussprache zugestimmt.

Um die Kontingentierung der Zuderrübenanbaufläche

Hierzu liegt ein Antrag Schill (Zentr.) vor, den der Hauptausschuß nach einem Bericht des Abg. Gilbert (Wirtsch.-u. Bauernv.) in folgender Fassung anzunehmen vorschlägt:

1. Der jetzt vorliegende Plan einer Kontingentierung der Zuderrübenanbaufläche bedeutet für den deutschen Zuderrübenanbau eine große Gefahr. Dieser Kontingentierungsplan berücksichtigt in erster Linie industrielle Interessen und trägt der im Laufe der letzten Jahre gutartige getretenen Verlagerung des Zuderrübenanbaues vom Großbetrieb nach dem Bauernbetrieb und damit von Norden und Osten nach dem Süden und Westen des Reiches keinerlei Rechnung. Diese Verlagerung ist aber in jeder Hinsicht als natürlich anzusehen, indem sie sowohl den Anbau von Zuderrüben auf jungfräulichen Böden an Stelle des Anbaus auf rübenmüden Böden fördert und überdies an Stelle des heute noch im Großbetrieb für Zuderrübenbau benötigten polnischen Wanderarbeiters in bäuerlichem Familienbetrieb Arbeitskräfte findet, die sonst abwandern müßten.

Die allgemeine für Süddeutschland unquintige Regelung durch den sogenannten Reichsausschuß erklärt eine weitere Verschärfung für Baden dadurch, daß bei der Unterverteilung des süddeutschen Kontingents nicht nur alle Neupflanzler der Jahre 1929 und 1930, sondern das ganze oberbadische Anbaugelände vom Zuderrübenbau überhaupt ausgeschlossen wurde.

2. Die badische Regierung wird deshalb ersucht, ihren ganzen Einfluß bei der Reichsregierung dahin geltend zu machen, daß möglichst noch für das Anbaujahr 1931/32 eine den vorstehenden Gedanken gerecht werdende Zuteilung von Zuderrübenanbaufläche an Baden erfolge.

Abg. Schill (Zentr.) erinnert als Antragsteller daran, daß der Antrag seiner Freunde bereits im November eingebracht worden sei. Die Entwicklung hätte eine frühere Behandlung im Landtag gerechtfertigt. Jetzt sei die Sache in ein entscheidendes Stadium getreten. Der Redner schildert den Gang der Verhandlung auf dem Zuderrübenmarkt, gestützt auf ein reiches Zahlenmaterial. In der hohen Ausfuhrquote liege die große Verlustgefahr für die deutsche Zuderrübenwirtschaft. Der einzige Ausweg, um der Krise zu begegnen, sei eine gewisse Planwirtschaft. So, wie man aber jetzt die Kontingentierung vornehmen wolle, gefehe es nur zugunsten der Industrie, während die süddeutschen und speziell badischen Zuderrübenbauern außerordentlich schwer getroffen würden. Man dürfe nicht vergessen, daß in den letzten Jahren eine Abwanderung des Zuderrübenbaues vom Großbetrieb zum bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieb stattgefunden hat. Der Kampf richte sich dagegen, daß letzteren ein Unrecht zugefügt wird. Es gehe nicht an, daß man mittel- und oberbadische Anbaugelände, die erfolgreich gearbeitet haben, einfach abschneide. Morgen trete nun in Berlin der Reichsausschuß zusammen, und er werde bei dieser Gelegenheit auch über die Klagen aus Süddeutschland und Baden beraten. Die Haltung der Regierung und badischen Gesandtschaft in Berlin in dieser Frage sei als vorbildlich zu loben. Der Redner hofft auf eine einmütige Stellungnahme des Hauses und bittet die Regierung, heute nochmals in einem Telegramm an den Reichsausschuß und Reichsernährungsminister den Standpunkt Badens zu unterstreichen.

Abg. Bod (Komm. P.) lehnt den Antragsantrag bis auf den Punkt 2 ab.

Abg. Schmidt-Wretten (Wirtsch.-u. Bauernv.) unterstützt den Antrag, unter Hinweis auf die Abschwierigkeiten für landwirtschaftliche Produkte im allgemeinen.

Abg. Kurz (Sozdem.) hält die Erweiterung des Kontingents im Interesse unserer kleinbäuerlichen Bevölkerung für notwendig, um so mehr, als Baden besonders unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hat.

Abg. Bringer (D. Vp.) stellt sich voll und ganz hinter die Begründung des Antrages Schill und ersucht die Regierung um einen nochmaligen energischen Schritt in Berlin.

Abg. Hoffmann (Dem. P.) ist mit allem einverstanden, was unseren Kleinbauern zu helfen vermag, meint aber, daß an sich durch die Kontingentierung der Zuderrübenanbau auch nicht gerettet werden kann, wenn sich nicht die Absatzmöglichkeiten auf dem in- und ausländischen Markt bessern.

Nach dem Schlusswort des Abg. Schill (Zentr.) wird der Auswahlantrag angenommen.

Das Haus nimmt schließlich

Berichte des Geschäftsbearbeitungsausschusses

entgegen, erstattet vom Abg. Deusel (Zentr.).

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Schmidt-Bretten (Wirtsch.-u. Bauernp.) wegen Verleumdung, wird verweigert, dagegen die Genehmigung zur Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Roth (Nat.-Soz.) wegen Vergehens gegen das Republikanengesetz, begangen in einer am 15. März d. J. im Oberland gehaltenen Rede, mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten erteilt. (Nationalsozialisten und Deutschnationalen waren bei der Abstimmung nicht im Saale anwesend.)

Nach 1/8 Uhr Schluss der Sitzung.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 29. April, nachm. 1/4 Uhr. Zweite Lesung des Einführungsgesetzes zu den Reichsjustizgesetzen, Denkschrift des Finanzministers über die Lage der Privatbahnen usw.

Die Zunahme der Wohlfahrtsverbände

Wie der Badische Städteverband und Badische Städtebund mitteilen, hat die Gesamtzahl der von den Gemeinden unterstützten Wohlfahrtsverbänden im ganzen Reich in den letzten Wochen 1 Million überschritten. Während die Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung in den letzten Wochen einen leichten Rückgang erfahren haben, sind die den Gemeinden zur Last fallenden Wohlfahrtsverbände in der gleichen Zeit weiter angewachsen. Die Mehrbelastung wurde dadurch vermindert, daß das Reich die Unterstützungsfristen der Krisenfürsorge auf Ende März erheblich verkürzte. — In Baden liegen die Verhältnisse im großen und ganzen ähnlich wie im Reichsdurchschnitt.

Internationale Rheinflaßkonferenz in Freiburg

Unter dem Vorsitz des badischen Staatspräsidenten Wittemann fand in Freiburg i. Br. zum ersten Male seit Bestehen des Staatsvertrages über die Rheinflaßerei im Rheine (1885) eine Konferenz der Bevollmächtigten der Rheinflaßstaaten statt. Vertreten waren Holland, Preußen, Dänemark, Baden und die Schweiz.

Bei den Verhandlungen kam zum Ausdruck die große Bedeutung der Rheinflaßerei im Rheine, die auch heute noch recht gute Fangjahre aufweist und daher unter allen Umständen gepflegt werden mußte. Weiter wurde auch besprochen, die Rheinflaßerei im Rheine. Es wurde beschlossen, daß vor dem 15. Mai mit der Rheinflaßerei nicht begonnen werden dürfe, damit die jungen Laich die im April und Mai nach dem Meere abwandern, nicht in den engmaschigen Netzen gefangen und vernichtet würden. Durch die Überfischung und insbesondere durch die Stauanlagen bei Rembs ist die Rheinflaßerei so weit außerordentlich gefährdet. Im Anschluß an die Tagung fand eine Besichtigungsfahrt zur Badischen Staatl. Laichzuchtanstalt (Waldsied) und zur Privatzuchtanstalt Schwetshof Rabenweiler statt.

Gründung

der Badischen Bauernhochschule

Dieser Tage ist auf dem Schloß Itzendorf (bei Weersburg) die Gründung des Vereins badische Bauernhochschule vollzogen worden.

An der Gründungsversammlung nahm der Präsident der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine und des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Raiffeisen, Berlin, Reichsminister a. D. Dr. Dermes teil. Als Mitglieder des Vereins haben sich zunächst folgende Organisationen eingetragen: Badischer Bauernverein e. V., Freiburg i. Br., Verband landw. Genossenschaften in Baden e. V., Karlsruhe, Badische Landwirtschaftskammer, Karlsruhe, Badische Landwirtschaftsbank (Bauernbank) e. G. m. b. H., Karlsruhe, Badischer Kollektorenverband e. V., Karlsruhe, Badischer Grundbesitzerverband e. V., Karlsruhe. Von einigen anderen Organisationen liegen Anmeldungen bereits vor. Nach den Satzungen können neben juristischen Personen, die einen gewissen Beitrag leisten, auch natürliche Personen aufgenommen werden. Zum Vorsitzenden des Vereins wurde Landesökonomierat a. D. Dr. Schwäbiger bestellt. Ihm steht als stellvertretender Vorsitzender Herr Präsident Reibel, Karlsruhe, zur Seite.

Die laufende Finanzierung der Anstalt kann als sichergestellt betrachtet werden. Zur Zeit befindet sich das Schloß Itzendorf bei Weersburg im Umbau. Es dürfte bis spätestens 1. Oktober für die Aufnahme von circa 40 Kursteilnehmern fertiggestellt sein. Über die Person des Schulleiters ist noch keine Entscheidung getroffen.

Zwei Jahre genossenschaftlicher Schlachtviehabsatz in Baden

Die im Juli 1928 in Karlsruhe errichtete Viehverwertungszentrale hat in den letzten zwei Jahren Verarbeitung für den genossenschaftlichen Schlachtviehabsatz im großen Umfang getrieben. Zweck der Viehverwertungszentrale ist es, den genossenschaftlichen Schlachtviehabsatz in Baden zu organisieren, sowie auf den badischen Schlachtviehmärkten landwirtschaftliche Viehverkaufsstellen einzurichten, die in der Lage sind, das von der badischen Landwirtschaft angelieferte Schlachtvieh auf den Märkten zu vermarkten.

In den letzten zwei Jahren sind bereits 15 reine Viehverwertungsgenossenschaften ins Leben gerufen worden. Eine Anzahl weiterer derartiger Genossenschaften sind in Gründung begriffen. Auf den Schlachtviehmärkten Mannheim, Karlsruhe, Freiburg i. Br. und Pforzheim wurden landwirtschaftliche Viehverkaufsstellen eingerichtet. In den Monaten Mai, Juni und Juli 1930 wurden von den Verkaufsstellen der Viehverwertungszentrale Karlsruhe circa 9000 Schweine nach dem Ausland ausgeführt.

Aus den Parteien

Minister a. D. Dr. Reers, der bekanntlich zum Direktor des Deutschen Bühnenvereins gewählt wurde, wird, wie wir hören, seinen Wohnsitz in Karlsruhe nicht sofort aufgeben und daher vorläufig auch sein Landtagsmandat beibehalten.

Fahrpreisermäßigung für Gesellschaftsfahrten an Pfingsten

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe teilt mit: Entgegen anderslautenden Mitteilungen werden Gesellschaftsfahrten auch an Pfingsten, und zwar in Gruppen bis 30 Personen zugelassen. Die Anträge müssen spätestens bis Dienstag, den 19. Mai, gestellt werden.

Die Patentanwälte tagen in Heidelberg. Am 25. und 26. April werden die Mitglieder des Verbandes Deutscher Patentanwälte aus Süd- und Westdeutschland ihre diesjährige Frühjahrsversammlung in Heidelberg abhalten.

Vom Badischen Staatsstudium in Karlsruhe

Am 16. Oktober 1930 wurde das 105. Studienhalbjahr der Anstalt mit 558 Studierenden eröffnet. Darunter befanden sich 102 Neueintretende. Die vier Abteilungen waren wie folgt besetzt: die Hochbauabteilung von 182 Studierenden, die Tiefbauabteilung von 89 Studierenden, die Maschinenbauabteilung von 129 Studierenden, die Elektrotechnische Abteilung von 130 Studierenden. An dem der Tiefbauabteilung angegliederten a) Vermessungstechnischen Lehrgang beteiligten sich 12 Studierende, b) Kulturtechnischen Lehrgang beteiligten sich 16 Studierende. Es wurden geführt: 4 Vorbereitungsklassen einfach, 28 Fachklassen, davon 2 einfach, 1 doppelt.

Das Alter der Studierenden betrug im ganzen Durchschnitt (nach dem Stand zu Beginn des Studienhalbjahres) 21,9 Jahre. Von den 558 Studierenden des Berichtshalbjahres waren ihrer Staatsangehörigkeit nach: Badener 502, Württemberger 25, Preußen 19, Hessen 2, Bayern 8, Auslandsdeutscher 1 und Luxemburger 1. Die Dauer der praktischen Ausbildung stellte sich bei den Studierenden der Hochbau-, Tiefbau-, Maschinenbau- und Elektrotechnischen Abteilung im ganzen Durchschnitt auf 4,4 Jahre und bei diesen 4 Abteilungen in der zuvor angegebenen Reihenfolge durchschnittlich auf 4,3, 4,1, 5,0, 4,4 Jahre.

Der Lehrkörper der Anstalt setzte sich im Berichtshalbjahr aus insgesamt 66 Mitgliedern zusammen, einschließlich des durch Wahl bestimmten Direktors, und zwar aus 42 planmäßigen, 2 außerplanmäßigen, 1 vertraglich angestellten und 21 Hilfslehrern. Drei Abteilungen der Anstalt waren Unterrichtsaffinitäten zugeordnet; ihre Zahl belief sich im ganzen auf 6. Der Verwaltungsdienst wurde von einem Rechnungsrat, einer Kanzleifreierin und einer Kanzleibehilfin versehen. Ein handwerksmäßig vorgebildetes Personal sind außerdem tätig: 1 technischer Sekretär in der elektrotechnischen Maschinen-Laboratoriumswerkstätte, 1 Maschinist und 1 Feinmechaniker in der Versuchswerkstätte, Hochfrequenz und in der Zentralheizung. Den Amtsgehilfenstand versehen: 1 Hausmeister, 1 Laborant, 1 Oberwachtmeister, Wachtmeister.

Aus der badischen Industrie

Im Lohnkampf zwischen den Mannheimer-Ludwigshafener Mühlen und ihren Arbeitern fällt die Mannheimer Schlichtungsausschuss am 16. April einen Schiedspruch, der eine Lohnherabsetzung für die Arbeiter von 6 Pf. pro Stunde und eine solche von 3 1/2 Pf. pro Stunde für die Arbeiterinnen ab 1. April vorseht. Ab 1. August bis 30. September soll der Abzug 7 bzw. 4 Pf. pro Stunde betragen. Eine am 22. April stattgefundene, stark besuchte Versammlung der freigeberlich organisierten Vertrauensleute lehnte diesen Schiedspruch einstimmig ab und beschloß zugleich, am Freitag und Samstag dieser Woche in den Betrieben eine Urabstimmung über einen eventuellen Streik vorzunehmen.

Gegen den Lohnabbau in der Zigarrenindustrie. In Bruchsal hat eine starkbesuchte Bezirkskonferenz der christlichen Tabakarbeiter für Bruchsal und die Vorderpfalz stattgefunden, in der in ähnlicher Weise wie in der Heidelberg-Konferenz gegen den Lohnabbau und die unzulänglichen Unterhaltungsarbeiten protestiert wurde.

Arbeitszeitverkürzung in Singen. Im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat hat die Direktion der Eis- und Stahlwerke in Singen beschlossen, die Arbeitszeit auf 8 Tage pro Woche zu verkürzen. Von der neuen Maßnahme werden etwa 1400 Arbeiter betroffen. Man hofft durch diese Kürzung der Arbeitszeit, die Auslieferung weiterer 300 Arbeiter zu verhindern, nachdem in der Zeit von Mitte letzten Jahres ab ungefähr 900 Arbeiter entlassen worden sind.

Verbesserung von Zugverbindungen

Wie die Reichsbahndirektion Karlsruhe als Antwort auf frühere Anträge mitteilte, werden im kommenden Fahrplan die Gültigkeit 69/74 (neu 472/473) Basel-Lindau-Basel ganztägig gestrichen. In den Zügen E 136/488 (alt 70) / D 88 und D 172/E 472 werden während des Sommerfahrplanschnittes durchlaufende Wagen 2. und 3. Klasse Basel-Radolfzell-Lindau-Rüschingen und umgekehrt geführt. Damit ist ein in Südbaden seit Jahren erstrebtes Ziel glücklich erreicht.

Aus der badischen Landwirtschaft

Vom Tabakbau. In Urloffen haben sich für das Jahr 1931 ein Drittel Tabakpflanzer mehr gemeldet, als im vergangenen Jahr. Etwa 240 Pflanzler wollen Tabak anbauen. Dadurch ist das Flächenkontingent um etwa 4 Hektar überschritten. Der Gemeinderat hat eine Eingabe an das Ministerium gemacht, das Flächenkontingent zu erhöhen, da der Ganfbau, der früher in Urloffen betrieben wurde, unrentabel geworden ist.

Aus der Landeshauptstadt

Großfeuer. In vergangener Nacht brach im Hause Mademstraße Nr. 6 ein Brand aus. Die alsbald herbeigeeilte Berufsfeuerwehr mußte mit Rauchschutzmäskern in das mit starkem Rauch angefüllte Gebäude eindringen, um zu dem im Seitenbau liegenden Brandherd zu gelangen. Durch das Feuer wurde das zweite Stockwerk vollständig zerstört; auch Räume des ersten Stockwerks litten erheblichen Schaden. Durch energisches Zugreifen der Berufsfeuerwehr unter Leitung des Branddirektors konnte das Feuer auf das betroffene Haus beschränkt werden. Der entzündete Gebäude- und Fahrnischaden ist beträchtlich. Zur Ermittlung der Brandursache sind eingehende Erhebungen im Gange. Nach dem amtlichen Bericht ist das Feuer auf bisher noch unbekannt Weise im Hintergebäude vermutlich an mehreren Stellen zugleich ausgebrochen. Es fand in den zur ebener Erde gelegenen Werkstätten und Ablagerstätten für Alten, Altpapier usw. reichlich Nahrung. Beim Eintreffen des ersten Löschzuges der Berufsfeuerwehr waren die Wohnungen und das Treppenhaus des Vordergebäudes bereits so stark verqualmt, daß drei ältere Damen über die Treppentritte ins Freie gebracht werden mußten. Das Feuer wurde mit vier Schlauchleitungen bekämpft und war nach etwa 1/4 Stunden gelöscht.

Badisches Landestheater. Die Erstaufführung der erfolgreichen Operette „Victoria und ihr Usar“ findet am Dienstag, den 28. April 1931, im Landestheater statt. Der Vorverkauf zu dieser Vorstellung hat bereits begonnen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Die Luftdruckverteilung über dem Ozean und Europa läßt für die nächste Zeit wärmeres Wetter erwarten. Mit einzelnen leichteren Regenfällen ist aber dörkster noch zu rechnen. Voraussage: Weitere leichte Erwärmung, zeitweise Regen, aber noch vereingelt Regen. Leichte südliche Winde. Wasserstände: Waldsied 272 minus 5, Pafel 85 minus 7, Schuttermilch 148 minus 4, Rehl 292 minus 2, Marzau 470 minus 5, Mannheim 331 minus 12, Caub über 200 Zentimeter.

Gemeinderundschau

Eratsberatung in Freiburg

Der Freiburger Bürgerausschuß begann mit der Beratung des Vorantrags für 1931, der u. a. die Einführung der Gemeindegütersteuer vorsieht. Oberbürgermeister Dr. Bender wies darauf hin, daß ernste Anzeichen vorhanden seien, daß der vorliegende Hauptabschluß nicht endgültig sei, sondern daß ein Nachtragsset eingebracht werden müsse. Der Bierumsatz habe in Freiburg 1928 rund 90 800 Hektoliter, 1929 rund 93 800 Hektoliter und 1930 rund 72 000 Hektoliter betragen. Der Antrag auf Einführung einer Gemeindegütersteuer habe in Freiburg einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Doch sei alles maßlos übertrieben worden. Die Erhebungslosten betrügen 5 Prozent, von einer Schädigung des Fremdenverkehrs könne keine Rede sein. Mit der Forderung einer Besteuerung der öffentlichen Betriebe arbeite man letzten Endes dem internationalen Großkapital in die Hände. Das Theater habe sich günstig entwickelt; der Zuschuß konnte um 53 000 RM. gekürzt werden. Der Vorantrag sei ausgeglichen dadurch, daß erhebliche Ersparnisse durchgeführt worden seien, daß auf Reserven zurückgegriffen wurde, daß die Abfuhrgebühren erhöht wurden und daß die Gemeindegütersteuer eingeführt werden solle. Es sei nicht unmöglich, daß bei einem Nachtragsvorantrag die Getränkesteuer, die jetzt abgelehnt werde, mit Schmerzen genehmigt werden müsse und daß dann noch die um das doppelte erhöhte Bürgersteuer bewilligt werden müsse. Bis jetzt seien die städtischen Finanzen in Ordnung. Die Schaumlandbahn erzeuge die Bewunderung aller Besucher. Der Bahnhofsneubau gehe weiter, die Verhandlungen über Elektrifizierung der Söllentalbahn und der Hauptbahn stünden günstig. Die Generaldebatte brachte aber sogleich die Gewißheit, daß die Gemeindegütersteuer einstimmig abgelehnt werden wird. Die Redner des Zentrums, der Sozialdemokratie, der Nationalsozialisten und der Wirtschafspartei, lehnten diese Steuer auf das entsetzteste ab. Über die Deckung des Fehlbetrages von 200 000 Reichsmark konnte allerdings noch keine Einigung erzielt werden. Wohl steht aber bis jetzt fest, daß sowohl aus den Erneuerungsfonds, die auf 7 Mill. RM. angewachsen sind, als auch den Sammelfonds, die etwa 2,5 Mill. RM. betragen, sehr wohl Abstriche in der genannten Höhe gemacht werden können. Im übrigen verlief die Debatte zeitweise äußerst erregt, so vornehmlich bei den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners und bei der Begründung der nationalsozialistischen Anträge auf Streichung der Wohnungsgelder und Minderzulagen der städtischen Beamten, die in Gehaltsklasse 9 und höher eingestuft sind.

Städtische Sparkasse Mannheim. Nach dem Bericht der Städtischen Sparkasse für das Jahr 1930 hat der Gesamteinlagebestand (Spar-, Scheck- und Giroverkehr) von 55,48 auf 65,03 Mill. RM., d. h. um 9,55 Mill. RM. (i. V. 9,72) zugenommen; davon entfielen auf kapitalisierte Zinsen 3,39 (3,04) Mill. RM. Dazu kommt noch das mit 12,36 (10,41) Mill. RM. bezifferte Aufwertungsguthaben, so daß ein Gesamteinlagebestand von 77,38 (65,62) Mill. RM. ausgewiesen wird. Zum Vergleich sei bemerkt, daß die Gesamteinlagen am 31. Juli 1914: 54,93 Mill. Mark betragen. Am Ende des Jahres zählte man 75 162 (66 553) Sparbücher. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt ein Sparguthaben von 226 RM. (199).

Im Schwelinger Bürgerausschuß kam es bei der Beratung über die Hofpeisung zu einem unerfreulichen Zwischenfall. Der Kommunist Müller erhielt hinter dem Rücken drei Ordnungsrufe, das Wort wurde ihm entzogen, und schließlich wurde er aus dem Saale gewiesen. Er hatte bei seiner Rede über die städtische Hofpeisung das Wort „Säufel“ und „Dundell“ gebraucht. Da der kommunistische Redner seinen Platz nicht räumte, mußte polizeiliche Hilfe in Anspruch genommen werden.

Der Konstanzer Bürgerausschuß genehmigte eine Vorlage, die die Erweiterung der Gasversorgung in Kreuzlingen-Emmishofen vorsieht. Der Kostenaufwand beläuft sich auf 65 000 RM. Die Gemeinde Kreuzlingen hat der Stadt Konstanz ein Darlehen in Höhe von 60 000 Franken zur Verfügung gestellt. Die restlichen 17 000 RM. werden auf dem Wege der Kapitalaufnahme beschafft. In nicht öffentlicher Sitzung wurde ein neuer Stromlieferungsvertrag mit der Gemeinde Bollmatingen angenommen. Der bereits im Oktober 1928 vereinbarte Stromlieferungsvertrag wurde seinerzeit vom Bollmatinger Bürgerausschuß nicht genehmigt. Der neue Vertragsentwurf zeigt besonders in Bezug auf die Strompreise und Vertragsdauer einige wesentliche Änderungen.

Erfolgreicher Bierfreit. Als Ende vorigen Jahres die Gemeinde Altmannweiler (Amt Lahr) beschloß, die Biersteuer einzuführen, traten die Gastwirte in einem Bierfreit, den sie bis jetzt durchführten. Nunmehr hat der Gemeinderat beschlossen, auf die Erhebung der Biersteuer zu verzichten.

Handel und Wirtschaft

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 22. April 1931 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 9/4 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7214 Reine.

Von den Börsen

Die Entwicklung der Börsenlage in der Berichtswache vom 17. bis 23. April ist dadurch gekennzeichnet, daß an fast allen Märkten Kursrückgänge in erheblichem Umfang zu verzeichnen sind, die zum größten Teil durch die börsentechnische Lage bedingt waren. Zum ersten Male wurde auch der Rentenmarkt in erheblichem Umfang durch die Abschwächung am Aktienmarkt in Mitleidenschaft gezogen. Das Publikum, offenbar verstimmt durch die Baiffamauber, schritt zu Abgaben, und die Großbanken vermieden es, zu intervenieren. Das mußte naturgemäß zu einer Verflüchtigung führen, die unter Verlickung der sehr geringen Umsätze zu den erwähnten Kursrückgängen führten.

Die widersprechenden Berichte über die Kunstseideverhandlungen führten zu starken Schwankungen auf diesem Markt, der aber im Endeffekt festgelegt war. Auch sonst läßt sich feststellen, daß die Börse eher widerstandsfähig ist und daß allmählich wieder Hoffnungen auf Beseitigung bestehen. Wenn diese noch nicht mehr in Erscheinung treten konnten, so liegt dies daran, daß die Spekulation nunmehr den Ultima vorbereiten muß und in ihren Aktionen dadurch gehemmt ist. Das Ausland zeigte geteiltes Interesse. Insbesondere die Schweiz neigte zu Käufen, während Holland als Abgeber auftrat.

Zur Illustration der Sentung des Kursniveaus seien hier einige Zahlen genannt, die den Stand vom 16. April, den Tiefstand, und den Stand vom 23. April zeigen. Altbörsen: 68,5 — 57,9 — 57,9; Berliner Handelsgesellschaft: 128,5 — 128,00; Gapaq: 72,25 — 63 1/2 — 63 1/2; Akt: 88 1/2 — 85 1/2 — 88 1/2; Bemberg: 99 — 96 1/2 — 99,5; Bergmann: 98,5 — 90 1/2; Schwelinger Bergbau: gestiegen, 208; Nord Motor: 215 — 211 — 211; Goerd. Eisen: 68 1/2 — 69 — 65 1/2; Rheinfelder Kraft: 188 — 186 — 186,5; Schubert & Salzer: 154 — 152,5 — 158.

Badische Beamtenbank erwirbt Frohnan-West. Die Badische Beamtenbank e. G. m. b. H. in Karlsruhe hat — wie mitgeteilt wird — das Siedlungsgelände Frohnan-West bei Berlin im Versteigerungstermin am 22. April zum Steigerungserlöse von 2,7 Mill. Reichsmark erworben. Das Gelände soll parzelliert werden. Mit der Berliner Parzellierungsfirma Saprobsdorf AG. ist bereits ein Vertrag abgeschlossen, nach dessen Durchführung die Badische Beamtenbank aus dem Engagement voll entlastet wird.

Epple & Bugbaum, Augsburg. Die Gesellschaft erklärt zur Begründung ihrer Zusammenarbeit mit Lanz, Mannheim, in ihrem Bericht für 1930 u. a., daß sich ein neuer Verlust von 1,02 (0,58) Mill. ergab, der sich um den Verlustvortrag von 1,25 auf 2,27 Mill. erhöht. Da dieser Verlust auch unter Berücksichtigung der offenen Reserve von 0,40 Mill. die Hälfte des Aktienkapitals von 3 056 800 überschreitet, will die Gesellschaft, wie berichtet, in der Generalversammlung (2. Mai) Mitteilung gemäß § 240 machen. In Anbetracht der schwierigen Verhältnisse hätten auch die Rationalisierungsmaßnahmen nicht ausgereicht, um bei gedrückten Verkaufspreisen noch mit Nutzen zu arbeiten. Die nächste Aufgabe sei Schuldverringerung durch Vorräteverkauf, ohne vorerst die Produktion fortzusetzen. Um trotzdem eine reibungslose Durchführung des Verkaufsgeschäftes zu gewährleisten und die Kundsführung mit der Belieferung von Ersatzteilen sicherzustellen, wurde mit der Heinrich Lanz AG. in Mannheim, wie schon berichtet, ein Abkommen getroffen, über das die Generalversammlung beschließen soll.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der § 218

Offenburg, 24. April. Auswärtige Blätter berichten von der Einleitung eines Strafverfahrens (Hauptverfahrens) gegen drei Ärzte bzw. eine Ärztin des Amtsbezirks Kehl, den zur Zeit seines Dienstes entlassenen Med.-Rat Dr. Karl Mert (Kehl), Frau Dr. Paula Bauer (Reutesheim) und Dr. Julius Weber (Kehl) wegen Verbrechen gegen § 218 und schwerer Körperverletzung. Die Verbrechen sollen in den Jahren 1926 bis 1929 begangen worden sein. Wie wir dazu von gut unterrichteter Seite erfahren, sind irgendwelche Beschüsse in dieser Angelegenheit noch nicht gefaßt worden. Die Staatsanwalt-

schaft hat lediglich die Untersuchung abgeschlossen und die Akten mit entsprechenden Anträgen dem Landgericht zugeleitet, das über die Eröffnung des Hauptverfahrens erst befinden kann, wenn die Erklärungen der Verteidigung in dieser Angelegenheit vorliegen. Das dürfte voraussichtlich erst in drei bis vier Wochen frühestens möglich sein. Sollte es zur Eröffnung des Hauptverfahrens kommen, so dürfte kaum vor Juni mit der Hauptverhandlung zu rechnen sein.

Id. Mannheim, 23. April. Bei einer am Mittwochmittag stattgefundenen Verkehrskontrolle wurden beanstandet: 236 Radfahrer, weil sie beim Einbiegen in eine andere Straße kein Fahrtrichtungszeichen durch Ausstrecken eines Armes gegeben haben. 17 Radfahrer wegen zu schnellen Fahrens, 26 Radfahrer, weil sie ihre Fahrräder auf dem Gehweg gefahren haben. Gegen 35 Personen mußte eingeschritten werden, weil sie die Straße durch Werfen von Papier und Obstschalen verunreinigten.

Id. Pforzheim, 23. April. Der frühere Gerichtsvollzieher Albert A. hatte sich wegen erschwerter Unterschlagung im Amt vor dem großen Schöffengericht zu verantworten. Er wurde beschuldigt, in der Zeit vom Januar bis März 1931 in seiner Eigenschaft als Gerichtsvollzieher circa 4000 RM für eigene Zwecke verbraucht zu haben. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis, unter Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft.

Id. Mühlheim, 23. April. Gegen das freisprechende Erkenntnis des Amtsgerichts Mühlheim in dem Verleumdungsprozess gegen die Sänger des Märlertiedes hat die Staatsanwaltschaft, soweit Freisprechung aus rechtlichen Gründen erfolgte, Berufung eingelegt. Die Sache wird nunmehr die kleine Strafkammer des Landgerichts Freiburg beschäftigen.

Id. Neersburg, 23. April. Vor seiner Rückreise nach Berlin traf Reichsminister Dr. Brüning hier ein und besuchte mit seinem Vetter Dr. Brüning (Köln) und Prälat Dr. Haas das Droste-Museum. Geführt von der letzten Richterin der Dichterin, zeigten die Herren großes Interesse und Verständnis für die vielerlei gesammelten Bilder und Erinnerungen. Der Reichsminister, ein geborener Weisfale, ist schon als solcher ein Verehrer seiner großen Landsmännin. Sodann empfing Dr. Brüning den Luftschiffführer, Kapitän Lehmann, mit dem er sich über den Luftschiffbau Zepplin und über den Bau des neuen Luftschiffes L. 3. 128, eingehend unterhielt.

Id. Freiburg, 23. April. Auf dem hiesigen Flugplatz landete gestern Abend eine Fokkermaschine mit dem bekannten Piloten Edzard am Steuer und einem Passagier, die die Strecke Bremen-Freiburg in der Rekordzeit von vier Stunden und zwanzig Minuten zurückgelegt hatte.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern Ernann:

Als Nachfolger für den verstorbenen Territorialdelegierten der Freiwilligen Krankenpflege für Baden, Generalarzt a. D. Dr. Mantel, wurde Ministerialrat Karl Krnsperger und als Stellvertreter Oberregierungsrat Dr. Freiherr Hugo von Babo ernannt.

Die Polizeiaffizienten Union verleiht in Karlsruhe und Friedrichshagen in Pforzheim zu Polizeisekretären der Fahndungspolizei; Gendarmeriehauptwachmeister Otto Kieß in Jümmenke (Amt Brallendorf) zum Gendarmerieoberwachmeister; Kriminalassistent August Kamsteiner in Pforzheim zum Kriminalsekretär.

Zur Ruhe gesetzt:

Kriminalkommissar Ernst Lemme in Karlsruhe.

Justizministerium

Verleitet:

Die Justizobersekretäre Rudolf Altmann bei der Staatsanwaltschaft Bietrach zum Amtsgericht daselbst, Oskar Schneider beim Amtsgericht Bietrach zur Staatsanwaltschaft daselbst und Paul Witscher beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Tauberbischofsheim.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft Zugelassen als Rechtsanwältin:

Rechtsanwältin Josef Wertheimer beim Amtsgericht Sinsheim und Landgericht Heidelberg nach Verzicht auf seine Zulassung beim Landgericht Mannheim, Gerichtsassessor Wilhelm Beyer beim Landgericht Karlsruhe und der Kammer für Handelsachen in Pforzheim.

Jubiläumsfeier und Kundenwerbung

August Wilhelm
Pforzheim Westl. 23
Tel. 2525

kommt am Mittwoch, den
29. April nach Karlsruhe.

Empfehl. Herrenstoffe reine
Wolle von 9,- RM. an.
Empfehl. Herren - Anzüge
nach Maß von 80,- RM. an.
Zuschriften erbeten an obige
Firma resp. Adresse. L. 149

Oberfisch, 9.417
Güterrechtsregister
Ernst Hierzegger, Kauf-
mann und Katharina geb.
Ufer, wohnhaft in Oberfisch,
Ehevertrag vom 12. März
1931: Gütertrennung.
Oberfisch, 15. April 1931.
Amtsgericht.

Inserieren
bringt
Gewinn!



Badisches Landestheater

Samstag, 25. April 1931

* G. 22. Th.-Gem. 1-100
und 301-400

Der Hauptmann von
Köpenick

Ein deutsches Märchen von
Carl Zuckmayer
Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:
Ermarth, Genter, Janl,
Kobemacher, Seiling, Gutz,
Hebeisen, Müllich, Baum-
bad, Brand, Dahlen,
Graf, J. Götzinger, Herz,
Hiel, Höder, Hoppe, Just,
O. Kienfischer, S. Kienfischer,
Kloebbe, Kuhne, Luther,
Rehner, Müller, Prüter,
Schulze, v. d. Trend, Arras,
Eich, Grimm, Hölzer, Kilian,
Kleinbusch, Lindemann, Lu-
ger, Meher, Nagel, Rei-
dinger, Rivinius, Seibert,
Schmitt, S. Müller, Rinkler

Anfang 20 Ende 23
Preise A. (0,70-5 RM)

So. 26. 4. nachmittags:
Tannhäuser. Abends: Die
schöne Helena. Im Kon-
zertsaal: Silvia kauft
sich einen Mann.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Oeffentliche Sparkasse Landau

Bilanz per 31. Dezember 1930

Soll		Haben	
	RM		RM
Kassenvorrat	13 936,44	Spareinlagen	1 178 136,28
Guthaben b. Postfiscaldamt	2 746,60	Aufwertungs-spareinlagen	370 658,48
Guthaben bei Banken	32 424,-	Giroeinlagen	162 315,63
Guthaben bei Girozentralen	145 823,63	Kontoforrenteinlagen	38 947,71
Darlehen in lfd. Rechnung an Private	453 341,18	Girozentrale	240 100,-
Darlehen auf Hypotheken	544 267,31	Aufwertungsabrechnungs- konto	97 300,31
Schuldscheindarlehen	108 492,39	Rücklage	24 044,75
Grundstückkaufgelder	318 500,07	Gewinn 1930	16 133,73
Wertpapiere	36 596,80		40 178,48
Grundstücke	18 000,-		
Inventar	1,-		
Badischer Sparkassen- und Giroverband: Betriebs- kapital	26 500,-		
Aufwertungsfordernngen	393 786,13		
Einnahmerückstände	35 216,34		
	<u>2 127 636,89</u>		<u>2 127 636,89</u>

Berechnung des Reservefonds

Die gesetzliche Reserve hat zu betragen:

5% aus 1 370 399,62 RM Einlagen . . . = 68 969,98 RM

Er beträgt am Schluß des Jahres 1930 . . . = 40 178,48 RM

Somit fehlen . . . = 28 791,50 RM

Landau, den 20. April 1931.

R.410

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Schilling, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer:
J. B. S. G. A.

Oeffentl. Städtische Sparkasse Möhringen in Baden

Bilanz per 31. Dezember 1930

Forderungen		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
1. Kassenbestand	6 672,43	1. Spareinlagen	
2. Guthaben bei Giro- zentralen	33 363,24	a) Neugeschäft	487 572,93
3. Guthaben bei Postfiscald- amt und Banken	10 464,98	b) Aufwertung	203 069,53
4. Wertpapiere	10 900,-	2. Giroeinlagen	17 600,93
5. Hypothekendarlehen	294 175,55	3. Rücklagen	2 939,43
6. Grundstückkaufgelder	54 161,78	4. Geschäftsgewinn 1930	13 411,47
7. Gemeinbedarfarlehen	37 512,95		
8. Schuldscheindarlehen	44 035,32		
9. Giroüberziehungen	31 211,47		
10. Kontoforrentkredite	7 481,62		
11. Wechselarlehen	3 035,56		
12. Aufwertungsfordernngen	140 431,64		
13. Aufwertungs-Abrech- nungskonto	24 818,55		
14. Einnahmerückstände	24 131,20		
15. Grundstücke u. Gebäude	2,-		
16. Gerätschaften	2 196,-		
	<u>724 594,29</u>		<u>724 594,29</u>

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 505 173,86 RM

Sie beträgt am Schluß des Jahres 1930 . . . = 40 413,90 RM

Somit weniger . . . = 16 360,90 RM

Somit weniger . . . = 24 063,- RM

Möhringen, den 28. März 1931.

R.412

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Vertsche, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer:
Dreher

6% Goldanleihe von 1927 der Hauptstadt Mannheim

Die auf 1. August 1931 fällige IV. Tilgungsrate
obiger Anleihe im Betrage von 218 700 RM ist durch
Ankauf beschafft worden; eine Auslosung findet dem-
nach in diesem Jahre nicht statt. L.145

Mannheim, den 16. April 1931.

Der Oberbürgermeister.

Auslieferung.

Wir vergeben auf Grund
des Ministerialerlasses vom
20. I. 28 die

Lapazier- und Anoleumleger-
arbeiten

im Neubau der Medizi-
nischen Klinik.

Die Angebotsbordrude
sind, soweit vorrätig, ab
Freitag, den 24. April 1931,
täglich von 10⁰⁰ bis 11⁰⁰
Uhr, auf unserm örtlichen
Baubüro Hugstetterstraße
Zimmer 23 (Neubau), er-
hältlich, wofürst auch die
Bedingungen aufliegen. Ein
Verband nach auswärtig er-
folgt nicht. Die Eröffnung
der Angebote, die geschlos-
sen mit der Aufschrift
„Lapazierarbeiten Med.
Klinik“ bis Montag, den
4. Mai 1931 bei der Aus-
gabestelle eingereicht sein
müssen, erfolgt in Anwesen-
heit der Bewerber vormit-
tags 11 Uhr. R.418

Die Zuschlagsfrist be-
trägt 6 Wochen.

Anzeigen in der
Karlsruher Zeitung
(Bad. Staatsanzeiger)
haben großen Erfolg

Landesbestimmungen über die Förderung des Wohnungsbaues vom 9. Febr. 1931

Anträge betr. Gewährung von Zinszu-
schüssen zu Neubauwohnungen für
Beamte 1930 und 1931. (Formbl. 33)

Anträge auf Wohnungsbaudarlehen,
Zinszuschuß, Bürgschaft (Formbl. 34)

Ausfallhaftung d. Staates, Landesauschüß
f. Wohnungsbaudarlehen (Formbl. 35)

Landesfondendarlehen, Landesfondenzu-
schuß für Eigenheime von Schwer-
kriegsbeschädigten und Kinderreichen
Familien (Formbl. 36)

Landesfondendarlehen, Landesfondenzu-
schuß für Wohnungen von Bauber-
einigungen f. Schwerkriegsbeschädigte
und Kinderreiche Familien (Formbl. 37)

Anzeige über bewilligte Baudarlehen
und Zinszuschüsse (Formbl. 38)

Wertverträge

Besondere Vertragsbedingungen für die
Vergabung von Bauleistungen

Registrierkreisen für Barometer usw.

Alle Bordrude, Schedhefte und
Kontobücher für Ländl. Kreditver-
eine, Spar- und Darlehenstellen

Zu beziehen von

Druckerei G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe,

Karl-Friedrich-Straße 14